Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 156. | Dresden, Freitag den 10. Juli 1914. | 25. Jahrg.

Der elsässische Zeichner **Walz** wurde vom Reichsgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

In Sonderburg wurden mehrere dänische Damen mit Ausweisung bedroht.

Die Untersuchung der Ursachen der Lichtenberger Einsturzkatastrophe hat ergeben, daß das eingestürzte Gebäude viel zu schwer belastet war.

Oesterreich-Ungarn will bei der serbischen Regierung wegen des Attentats in Serajewo vorstellig werden.

In der chinesischen Provinz Chanan droht infolge gewaltiger Ueberschwemmungen eine Hungersnot.

Das Opfertier.

Die Heranziehung der besitzenden Klasse zu den Reichslasten durch den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer läßt die Pressevertreter des Kapitalismus nimmer zur Ruhe kommen. Ohne Unterlaß erhebt man Beschwerde über den verfehlten Kurs der Steuerpolitik im Reiche. Das Ziel, das man sich gesteckt hat, ist kein geringeres als die Wiederbeseitigung der Vermögenszuwachssteuer, ehe sie noch überhaupt wirklich in Kraft tritt.

Die Abneigung gegen die Besitzsteuer verbirgt sich gern hinter allerlei Ausflüchten. Die Hamburger Nachrichten, das einstige Bismarck-Blatt, ergeht sich wieder in langen Klagen über die ungünstigen Folgen, die durch Reichsbesitzsteuern für die deutschen Einzelstaaten heraufbeschworen werden. Unter anderem jammert das Blatt wahrhaft herzerweichend:

„Die Reichsbesitzsteuer nimmt den Einzelstaaten Einkommens- und Vermögensteile fort, die sie zu eigenem Nutzen als Steuerquellen hätten verwenden können. Daran knüpft sich eine auf die Dauer unerträgliche Verwirrung für die einzelnen Steuergewalten (Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde), denen **als Leidtragender der ausgepumpte Steuerzahler, auf den alle in den verschiedensten Formen eindringen, wie ein zur Ausbeutung bestimmtes Opfertier rettungslos ausgeliefert ist.** An welche der Steuergewalten er sich wegen Ueberbürdung wenden soll, weiß er nicht, wissen aber die Steuergewalten auch selbst nicht mehr: Abhilfe kann ihm nur ein organischer Aufbau und eine systematische Verteilung der Steuern zwischen Reich und Einzelstaaten bringen."

Diese „systematische Verteilung" soll, wie hinreichend bekannt ist, darin bestehen, daß direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaften überhaupt nicht durch das Reich, sondern ausschließlich durch die Bundesstaaten mit ihren durch den Besitz beherrschten Landtagen beschlossen werden dürfen. Wenn das Reich die Besitzenden zu den militärischen Ausgaben, die ihnen doch in erster Linie zugute kommen, heranzieht — und die Vermögenszuwachssteuer ist nur eine sehr geringfügige Belastung derer, die eine Vermögensvermehrung von wenigstens 10 000 M. erzielt haben —, so wird der Besitzende als ein armes Opfertier hingestellt, das der furchtbarsten Ausbeutung überliefert ist. Dieselben Preßorgane ergehen sich in solchen heftigen Worten, die stets mit Begeisterung für die ungeheuren Abgaben eintreten, die auf den notwendigen Lebensmitteln des Volkes ruhen.

Der Artikel der Hamburger Nachrichten spricht weiterhin noch von „der Zwangsjacke der Reichsgesetzgebung". Das Reich, von dessen Herrlichkeit und Größe die „nationalen Politiker" nicht genug rühmen können, wird plötzlich zur „Zwangsjacke", sobald die Besitzenden etwas zu seiner Erhaltung beisteuern sollen. Würdig klingt der Artikel des genannten Blattes in die Losung aus: Die Vermögenszuwachssteuer muß beseitigt werden, je eher desto besser.

Das Hamburger Blatt versichert ausdrücklich, daß es diesen Artikel von einem „nationalen Politiker" erhalten habe. Man sieht also wieder in aller Deutlichkeit, was das schöne Wort „national" im Munde dieser Leute zu bedeuten hat.

Die Aktion gegen Serbien.

Von unserem Korrespondenten.

th. **Wien**, 9. Juli.

Nun wird also der lange angekündigte „Schritt" in Belgrad doch unternommen worden. Der gemeinsame Ministerrat hat es vorgestern beschlossen, der Kaiser heute bestätigt. Und zwar wird das Einschreiten nach einigen Tagen erfolgen, wenn die Untersuchung des Attentats abgeschlossen ist. Serbien werden die kompromittierten Personen bezeichnet und die Regierung im diplomatischen Wege aufgefordert werden, in ihrem Wirkungskreise die betreffenden Personen zur Verantwortung zu ziehen sowie gewisse Sicherheiten zu geben, daß auch in Serbien in Zukunft die großserbische Propaganda auf dem Gebiete der Monarchie nicht nur nicht begünstigt, sondern, soweit es der Einfluß der Regierung zuläßt, auch verhindert wird. Hinzugefügt wird, es handle sich um Persönlichkeiten, die keineswegs als bloße Privatpersonen gelten könnten. Es ist gut, daß man auch noch sagt, das Auswärtige Amt halte sich von jedem Versuche fern, die Souveränität Serbiens anzutasten. Aber diese offiziösen — nicht offiziellen — Mitteilungen werden niemand beruhigen. Ueber das, was die Souveränität beeinträchtigt, kann man in jedem Falle sehr verschiedener Meinung sein. Ueberdies, warum arbeitet man mit Andeutungen? Sofern nichts mehr im Werke ist, als daß man wünscht, Serbien setze auf seinem Gebiete die Untersuchung fort, weil eben die Spuren des Verbrechens in sein Gebiet hinüberführen, geschieht nichts, was nicht unter ähnlichen Verhältnissen bei jedem schweren Straffall geschähe. Da ist die Feierlichkeit der Ministerberatungen und Audienzen überflüssig. Sofern aber mehr geschehen soll, und etwas, das letzten Endes den Frieden bedrohen könnte, ist die Oeffentlichkeit Oesterreich-Ungarns und Europas berechtigt, die Gründe zu erfahren. Die Geheimnisse des Wiener Kabinetts haben seit dem Fall Prochaska wenig überzeugende Kraft. Zudem hat das Blatt Berchtolds erst gestern zugestehen müssen, die serbischen Behörden hätten bei dem Konsul nachgefragt, ob die Angaben, die Gabrilowitsch (der erste Attentäter) gemacht, der Wahrheit entsprächen, und das Konsulat hat eine bejahende Antwort erteilt. Wenn also Gabrilowitsch in Belgrad an der Verschwörung teilnahm, hat ihm das österreichisch-ungarische Konsulat Zeit und Muße dafür verschafft.

Zudem fehlt es nicht auch sonst an bedenklichen Anzeichen. Hüben und drüben hetzt die Presse nach Kräften. Das Wiener Korrespondenzbureau hat es sich aber zur Pflicht gemacht, der österreichischen und der europäischen Oeffentlichkeit jeden angreifenden Artikel der großserbischen Chauvinisten zu vermitteln. Die serbischen Kriegshetzer sollen vor der Welt demaskiert werden. Sehr verdienstlich, aber einseitig; das Wiener Korrespondenzbureau könnte auch daheim und in Ungarn ergiebige Auszüge machen. So erörtern selbst offiziöse Blätter schon seit längerer Zeit die Möglichkeit der Teilnahme amtlicher serbischer Kreise an dem Morde. Aber da darf man doch, ohne unverschämt zu werden, nicht von Möglichkeiten reden. Entweder hat man die stichhaltigen Belege und führt sie an, oder man schweigt. Und was tut erst der Troß der Patrioten? Da wird z. B. in der früher offiziösen militärischen Rundschau erzählt, bereits nach der Ermordung Alexanders und der Draga habe Oesterreich-Ungarn sich zum Einmarsch vorbereitet. Doch unterblieb der Einmarschbefehl, weil der damalige Minister des Aeußern, Goluchowski, auf seine Anfrage in Berlin die Erwiderung bekam: Derlei Dinge könne man bloß auf eigene Verantwortung machen. Und so hätten sich die Dinge auch 1908 und 1912 abgespielt. Allein selbstverständlich habe doch Deutschland nicht bei einer Balkansache Oesterreich vorangehen und ihm die Last des Entschlusses abnehmen können. Wäre das Wiener Kabinett jedoch seines Weges ruhig gegangen, würde Deutschland die Rückendeckung haben übernehmen müssen. Man sieht, wie leichtherzig die großösterreichischen Großmäuler Bundespflichten auffassen.

Dabei täten die Braven besser, sich im eigenen Lande umzusehen. Im Ministerrate wurde beschlossen, auch in Bosnien selbst Maßregeln gegen die großserbische Bewegung zu ergreifen. Und solche Maßregeln sind Aenderungen des Schulwesens, strengere Grenzpolizei, schärfere Einschränkung der Versammlungen. Wenn das die Großserben nicht zu Patrioten macht! Offenbar haben Bilinski und die Seinen, denen man vorwirft, sie hätten bisher zugunsten der Serben regiert, den Ehrgeiz, nachzuweisen, daß sie es ebensogut wie die kroatischen Pogromisten zu Wege bringen, dem letzten Serben den letzten Funken „Patriotismus" auszutreiben. Nur werden sie bei ihrem ins kroatisch-mohamedanische Fahrwasser einlenkenden Verwalten im benachbarten Kroatien wenig Gegenliebe finden. Tisza hat es schon gestern gesagt, daß er mit den klerikalen Frankisten, den Nacheiferern der Serajewoer Pogromisten, nichts gemein haben wolle. Da ihn bei seiner Sinnesart die Schufterei Franks eher anziehen als abstoßen könnte, hat er offenbar besondere politische Gründe. Und er deutet sie auch an: Frank ist ein Trialist, Frank hofft sich mit Hilfe Wiens von der ungarischen Oberhoheit zu befreien. Man sieht, der österreichisch-ungarische Patriotismus ist eine viel zu komplizierte Sache, und darum auch eine oft ungarische Verfolgungspolitik. Wo der eine Hott, sagt der andere Hütt, und am Ende kommt nichts als eine Blamage heraus. Zudem machen — wie in Rußland — die untergeordneten Behörden vielfach, was ihnen beliebt. So unterstützt die Agramer Polizei die Frankisten, die gegen Mehrheit und Regierung wüten, und hat die Gelegenheit ausersehen, an den Sozialdemokraten Rache zu üben.

Was sie dabei geleistet hat, ist nicht mehr Halb-, sondern Ganzaffen. Am Tage, da die Frankisten ihre Loyalität so lebendig durch Steinwürfe und Verwüstungen betätigten, saßen in einem Volkscafé, Zeitungen lesend, Demetrowitsch, der Redakteur der sozialdemokratischen Slobodna Rjetsch, dessen Frau und der junge Mitarbeiter des Blattes, Bornemissen. Die Frau Demetrowitsch und Bornemissen wurden durch Steinwürfe verletzt. Endlich kam Polizei und stellte die Ordnung wieder her. Doch schon in der Nacht desselben Tages wurden Demetrowitsch und Bornemissen aus den Betten ins Polizeiwachhaus geschleppt. Es wird ihnen vorgeworfen, sich gegen die Polizei herausfordernd benommen zu haben. Demetrowitsch muß 25 Kronen Buße zahlen, Bornemissen wird in Haft behalten. Zu welchem Zwecke, offenbart sich alsbald. Ein Kerl wird zu ihm in die Zelle gesteckt, ein offenkundiger Spitzel, der in der Nacht den Jüngling überfällt und grausam mißhandelt, dann aber sich aus dem Staube macht — wie? ist das Geheimnis der Polizei. Diese erklärt mit schöner Unschuldsmiene, der Prügelnde sei wahrscheinlich ein Frankist gewesen (doch war es in der Tat ein Serbe) und sei entronnen. Nun antwortet Bornemissen mit dem Hungerstreik. Nachdem er drei Tage alle Speise verweigert, wird der Polizei bange, er könnte sterben und daraus ein großer Skandal erwachsen. Sie entläßt Bornemissen aus der Haft. Nun beruft die Organisation eine Protestversammlung unter freiem Himmel ein, die allerdings polizeilich verboten wird, allein doch, und zwar im geschlossenen Lokal stattfindet, und erklärt, die Arbeiter würden nötigenfalls zum Generalstreik übergehen, falls man für die Mißhandlung Bornemissens keine zulängliche Genugtuung erhalte. Doch die Polizei weiß sich zu helfen. Die letzte Nachricht aus Agram teilt mit, Bornemissen und Demetrowitsch seien wiederum, und zwar auf Anweisung des Staatsanwalts, verhaftet worden. Die Gründe seien nicht bekannt gegeben worden .... Dieser kleine Ausschnitt aus der Agramer Verwaltungstätigkeit gibt ein Beispiel dafür, mit welchem Rechte Oesterreich-Ungarn die asiatische Barbarei außerhalb seiner Grenzen sucht.

* * *

Europas Solidarität.

Der Berliner Lokalanzeiger, der ja jetzt zu der deutschen Regierung gute Beziehungen hat, hat das Bedürfnis, der österreichischen Hetzpresse bei ihren Scharfmachereien beizuspringen und leistet sich unter der Ueberschrift: Europas Solidarität gegen die großserbische Propaganda folgenden Hetzerguß gegen Serbien. Er schreibt:

Die österreichisch-ungarische Regierung nehme keinerlei diplomatische Schritte in Aussicht und will sich einstweilen auf Maßnahmen gegen die großserbische Agitation in Bosnien und der Herzegowina beschränken. Für die weitere Ausgestaltung der österreichisch-serbischen Beziehungen wird der Ausgang der amtlichen Untersuchung von einschneidender Bedeutung sein, und man glaubt, daß man in Wien auch jetzt entschlossen sein wird, in Belgrad energisch vorzusprechen, falls sich dazu ausreichende Veranlassung bieten wird. Ist zwar der Königsmord in Serbien kein unmögliches Ereignis, so hat man es dort bisher doch nicht gewagt, Spießgesellen zu dingen, um sie in einer benachbarten Monarchie blutige Arbeit für großserbische Zwecke verrichten zu lassen. Gegen eine solche Schamlosigkeit eines Nachbarstaates — vorausgesetzt, daß sie erwiesen wird — würde sich nicht nur die von ihr unmittelbar betroffene Donaumonarchie mit Entrüstung auflehnen und mit vollem Rechte Sühne heischen, auch die ganze gesittete Welt würde sich in diesem Fall mit Abscheu gegen die serbische Nation wenden. In Deutschland aber, das in Serajewo einen Freund und Bundesgenossen verloren hat, würde dann jeder Schritt, den man von Wien aus gegen die Schuldigen unternimmt, volle moralische Unterstützung finden, und auch das amtliche Deutschland würde hierbei gewiß nicht nachstehen. Man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß auch in anderen Staaten, in denen gesittete Auffassungen vorherrschen, diese Haltung der Donaumonarchie als unanfechtbar angesehen wird. Denn nicht nur Oesterreich-Ungarn, nicht nur Deutschland, sondern das gesamte Europa, sei es monarchisch oder republikanisch gesinnt, sei es germanisch, romanisch oder slawisch, muß ein berechtigtes Interesse daran haben, zu wissen, ob sich in seinem berüchtigten politischen Winkel wirklich ein Staatsleben findet, das nicht nur den Mord seiner eignen Staatsoberhäupter betreibt, sondern seine Mordwaffe auch gegen Fürstlichkeiten anderer Staaten richten läßt.

Der Lokalanzeiger hätte sich seine neueste Hetzepistel gegen Serbien wenigstens sonntags sparen können, bis die gegen Serbien gerichteten Beschuldigungen erwiesen sind, wovon vorläufig doch nicht die Rede sein kann. Derartige sinnlose Hetzereien sind nur geeignet, ganz unnötig die Beziehungen Deutschlands zu Serbien zu schädigen und könnte dazu führen, daß der Absatz deutscher Waren nach Serbien erschwert wird. Aber der Lokalanzeiger gehört eben zu den Blättern, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um über andere Staaten herzufallen. Man weiß eben, daß damit gewissen sehr gewichtigen Leuten eine Freude bereitet wird. Je mehr die Völker gegen einander gehetzt werden, um so mehr Kanonenbestellungen stehen in Aussicht, um so mehr steigen die Rüstungsaktien im Kurse! Wirklich, die Herren vom Rüstungskapital können mit ihrem Lokalanzeiger zufrieden sein.

*

Der unverdächtige Cabrinowitsch.

In einer Unterredung mit einem Budapester Berichterstatter hatte der serbische Ministerpräsident bemerkt: „Als die Belgrader Polizei den Cabrinowitsch ausweisen wollte, nahmen ihn die österreichischen Behörden in Schutz und gaben ihm über seine gute Aufführung ein Zeugnis." Darauf bezieht sich nun folgendes Dementi des Fremdenblattes: